

Anträge (Stand 15.10.2025, 16.00 Uhr)

Stadtratssitzung vom 16. Oktober 2025

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	GFL	Ordnungsantrag: Das Traktandum 16 sei auf die Sitzung vom 30. Oktober 2025 zu verschieben.	Der Leistungsauftragsbericht ewb und die Motion «Energie Wasser Bern (EWB) demokratisieren (JA!/Juso/AL/PdA/TiF)» sind inhaltlich stark verwandt und sollen aus Gründen der Sachlogik in derselben Sitzung behandelt werden.
2.		Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis (Art. 49 GRSR):	
	David Böhner, AL	Diskussion zur Palästina-Demonstration vom 11. Oktober 2025 in Bern.	Am Samstag, 11. Oktober fand in der Stadt Bern eine Demonstration in Solidarität mit Gaza statt. Weit über 5000 Personen wollten daran teilnehmen. Leider blieb die Demonstration nicht friedlich. Es kam zu grossem Sachschaden und die Polizei kesselte über 500 Leute ein und nahm sie fest. Zahlreiche Personen wurden verletzt, neben Polizist*innen auch Demonstrant*innen, die nichts mit den Ausschreitungen zu tun hatten. Via nationale Medien wurden seither von verschiedenen Seiten Forderungen laut nach Konsequenzen. Damit sich alle Parteien im Stadtrat dazu äussern können, beantragt die AL eine Diskussion aus aktuellem Anlass.
	SVP	Massive Ausschreitungen anlässlich der unbewilligten Demonstration vom 11.10.2025.	Die linkextremen, antisemitischen Ausschreitungen am 11.10.2025 in der Stadt Bern waren massiv. 18

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
			Polizisten wurden verletzt. Es war angesichts der von den Demonstranten eingesetzten Mittel und der vorgängig ergangenen Aufrufe ein Wunder, dass es nicht zu schwereren Verletzungen kam oder Personen starben. Nur weil der Wasserwerfer der Polizei vor Ort war, konnte verhindert werden, dass das Gebäude, in dem sich das traditionelle Restaurant Della Casa befindet, nicht abbrannte und das Personal verletzt oder verbrannt wäre. Die Schäden gehen in die Millionen. Offenbar wurden mindestens 57 Gebäude beschädigt. Die SVP ist der Auffassung, dass nach den hehren Worten der Parteien nun konkrete Taten folgen müssen. Bereits nach anderen gewalttätigen Demonstrationen wurde von allen politischen Akteuren ein entschiedenes Vorgehen angemahnt. Es ist leider nichts passiert. Anträge auf Erhöhung der Polizeipräsenz zum Schutze der Stadt und Institutionen wurde noch am 18.9.2025 abgelehnt. Wie will der Gemeinderat mit seiner hoch gelobten Deeskalationsstrategie sicherstellen, dass die Stadt nicht ganz abgebrannt wird, bevor die Polizei eingreifen darf? Wieso wurde die unbewilligte Demonstration nicht im Keim erstickt, dies zumal öffentlich Gewalt angekündigt wurde? Wie will der Gemeinderat in Zukunft verhindern, dass gewalttätige Demonstranten während Stunden die Stadt terrorisieren, den gesamten ÖV lahmlegen und den Zugang zum Bahnhof versperren. Wie wollen der Gemeinderat und die Fachstelle Antisemitismus sicherstellen, dass keine weiteren gewalttätigen linksextremen antisemitistischen Ausschreitungen stattfinden? Wer trägt die Schäden der Ausschreitungen? Ist der Gemeinderat bereit, Beiträge an nicht von der Versicherung gedeckten Schäden zu leisten? Werden die Kosten des Polizeieinsatzes den verantwortlichen Personen überbunden? Wird die Stadt gegen die verantwortlichen Per-

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
			sonen und Organisationen Schadenersatzforderungen stellen? Werden die verantwortlichen Personen strafrechtlich belangt? Wird die Stadt sich als Privatklägerin beteiligen? Es interessiert, wie der Gemeinderat und die Parteien dies erreichen wollen. Gibt es eine gemeinsame Position aller Parteien, um in Zukunft die verantwortlichen Personen und Organisationen ins Recht zu fassen und Eskalationen zu verhindern? https://www.bernerzeitung.ch/sachschaeden-verletzte-konsequenzen-so-gross-ist-das-ausmass-der-palaestina-demo-in-bern-699064954937#88ee1f9c-567e-4bcc-a6ed-bdd8bba943c4 https://www.bernerzeitung.ch/bern-restaurant-della-casa-bei-palaestina-demo-angezuendet-118022308559 https://www.bernerzeitung.ch/ausschreitungen-in-bern-linksextreme-kapern-gaza-demo-921029951778
	FDP, Mitte, SP, GFL/EVP, SVP	In Zusammenhang mit den Ereignissen vom letzten Samstag stellen die Fraktionen FDP, Mitte, SP, GFL, EVP und SVP Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis an der Stadtratssitzung vom 16. Oktober 2025.	Angesichts der Ausschreitungen und massiven Gewalt an der Demo vom 11. Oktober besteht dringlicher Diskussionsbedarf.

Traktandum 2: Büro Stadtrat: Ersatzwahl Mitglied (2025.SR.0303)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	SVP	Der Stadtrat wählt Alexander Feuz (SVP) als Stimmenzähler in das Büro des Stadtrats für die zurückgetretene Gabriela Blatter (GLP).	

Traktandum 3: Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl Mitglied (2025.SR.0282)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	GB/JA	Der Stadtrat wählt Mirjam Läderach (GB) als Mitglied der Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) für die zurückgetretene Jelena Filipovic (GB).	

Traktandum 4: Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl stellvertretendes Mitglied (2025.SR.0283)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	GB/JA	Der Stadtrat wählt Franziska Geiser (GB) als stellvertretendes Mitglied der Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) für die zurückgetretene Mirjam Läderach (GB).	

Traktandum 5: Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl stellvertretendes Mitglied (2025.SR.0284)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	SP/JUSO	Der Stadtrat wählt Timur Akçasayar (SP) als stellvertretendes Mitglied der Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) für den zurückgetretenen Lukas Schnyder (SP).	

Traktandum 6: Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl Mitglied (2025.SR.0261)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	GFL	Der Stadtrat wählt Carola Christen (GFL) als Mitglied der Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) für die zurückgetretene Francesca Chukwunyere (GFL).	

Traktandum 7: Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl stellvertretendes Mitglied (2025.SR.0286)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	GFL	Der Stadtrat wählt Mirjam Roder (GFL) als stellvertretendes Mitglied der Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) für die zurückgetretene Carola Christen (GFL).	

Traktandum 8: Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl Mitglied (2025.SR.0285)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	SP/JUSO	Der Stadtrat wählt Dominique Hodel (SP) als Mitglied der Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU) für den zurückgetretenen Lukas Schnyder (SP).	

Traktandum 9: Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl stellvertretendes Mitglied (2025.SR.0301)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	SP/JUSO	Der Stadtrat wählt Lukas Schnyder (SP) als stellvertretendes Mitglied der Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU) für die Laura Brechbühler (SP).	

Traktandum 12: Sanierung Freibad Lorraine; Projektierungskrediterhöhung und Baukredit (Abstimmungsbotschaft) (2017.PRD.000097)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	GFL	Rückweisung: Das Geschäft wird an den Gemeinderat mit der Auflage zurückgewiesen, die Sanierung des Lorrainebads so zu planen, dass sie gemeinsam mit der Sanierung oder Renaturierung der südlich angrenzenden Aareuferzone («Südwiese») erfolgt. Ziel ist es, Doppelspurigkeiten bei Planung, Baustellenerschliessung und Kosten zu vermeiden, Synergien bei Eingriffen in Naturraum und Infrastruktur zu nutzen und eine mehrfache Sperrung des Uferwegs für die Bevölkerung innerhalb weniger Jahre zu verhindern.	Die südlich an das Lorrainebad angrenzende Aareuferzone («Südwiese») soll ebenfalls saniert oder renaturiert werden. Wird diese Aufwertung zeitlich getrennt umgesetzt, entstehen doppelte Planungskosten, zwei separate Baustellenerschliessungen – allein die aktuelle Erschliessung kostet über 1 Mio. Franken – sowie wiederholte Sperrungen des stark frequentierten Uferwegs. Eine koordinierte Umsetzung der beiden Teilprojekte ist ökologisch wie finanziell deutlich effizienter. Sie reduziert Eingriffe in Naturraum und Infrastruktur, vermeidet Belastungen für Anwohnende und Besuchende – und nutzt Synergien, statt sie durch zeitliche Entkopplung zu verspielen.
2.	PVS	Der Gemeinderat prüft im nachgelagerten Renaturierungsprojekt, ob eine Änderung des Belags nach	Der Uferweg ist im Sommer oft sehr heiss, vor allem wenn die Sonne stark scheint. Dies bringt für alle

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
		dem Baustellenbetrieb der Sanierung Lorrainebad im Baustellenperimeter sinnvoll ist.	Schwimmer*innen, die barfuss gehen, die Gefahr einer Verbrennung. Aufgrund der Klimaerwärmung wird die Gefahr weiter zunehmen.
3.	PVS	Der Gemeinderat wird beauftragt, gemeinsam mit dem Quartier und insbesondere mit Jugendlichen zu prüfen, wie im Rahmen der Sanierung des Lorrainebads geeigneter Raum für ältere Kinder und Jugendliche geschaffen werden kann. Ziel ist es, ihnen eine Möglichkeit zu bieten, sich zu bewegen, zu spielen oder einfach frei zu sein – auch wenn der Platz vor Ort begrenzt ist.	Im Lorrainebad besteht ein klarer Bedarf nach Bewegungs- und Aufenthaltsflächen für ältere Kinder und Jugendliche im Alter von etwa 8 bis 16 Jahren. Während für Kleinkinder meist Spielplätze vorgesehen sind, fehlen für ältere Kinder oft geeignete Räume, in denen sie sich frei bewegen, rennen oder gemeinsam spielen können. Die Platzverhältnisse im Lorrainebad sind zwar begrenzt, dennoch sollte geprüft werden, wie durch kreative Lösungen oder Umgestaltungen auch für diese Altersgruppe Raum geschaffen werden kann. Eine solche Prüfung soll unter aktiver Einbindung des Quartiers und insbesondere der Jugendlichen erfolgen, um ihre Bedürfnisse ernst zu nehmen und gemeinsam tragfähige Lösungen zu entwickeln.
4.	PVS	Der Gemeinderat wird beauftragt, gemeinsam mit den Nutzenden des Lorrainebads sowie dem Quartier zu prüfen, wie der bestehende FKK-Bereich am äusseren Rand der nördlichen Liegewiese weiterentwickelt werden kann. Dabei soll insbesondere abgeklärt werden, wie eine inklusive Nutzung durch FKK-Interessierte und FLINTA+ Personen möglich ist. Es ist ausdrücklich festzuhalten, dass FKK und FLINTA+ sich nicht gegenseitig ausschliessen, sondern gemeinsam berücksichtigt werden sollen.	Der FKK-Bereich im Lorrainebad ist ein etablierter und geschätzter Bestandteil des Badeangebots, der von unterschiedlichen Nutzerinnengruppen aktiv genutzt wird. Gleichzeitig bestehen berechnete Anliegen von FLINTA+ Personen nach Schutz, Sichtbarkeit und sicheren Räumen im öffentlichen Raum. Diese beiden Bedürfnisse stehen nicht im Widerspruch zueinander, sondern können sich ergänzen. Eine inklusive Lösung, die sowohl die Interessen von FKK-Interessierten als auch von FLINTA+ Personen berücksichtigt, stärkt das soziale Miteinander und die Vielfalt im Lorrainebad. Um eine tragfähige und breit akzeptierte Lösung zu finden, ist es zentral, die betroffenen Nutzerinnen sowie das Quartier aktiv in die Prüfung und Weiterentwicklung des Bereichs einzubeziehen.

Traktandum 13: Volksschule Sulgenbach: Gesamtsanierung und Erweiterung; Projektierungskredit (2025.PRD.0026)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	FDP	Rückweisung: Die Sanierung der Turnhalle soll aus dem bestehenden Geschäft entfernt und in einem eigenen Machbarkeits-Projekt behandelt werden. Die eigentliche Sanierung des Schulhauses soll ohne Einschränkungen weiterlaufen und später in mit einem eigenen Ausführungskredit behandelt werden. Bei der Machbarkeitsstudie zur Turnhalle sollen verschiedene Varianten geprüft werden: ▪ Abriss der bestehenden Turnhalle und Neubau mit Aufwertung mit mehr oder weniger gleichem Grundriss ▪ Abriss der bestehenden Turnhalle und Neubau mit einem L-Grundriss, d.h. zwei neue Turnhallen – eine am gleichen Ort mit den gleichen Grundrissen und die andere Richtung Westen (Parallel zur Eigerstrasse) nach BASPO-Norm ▪ Abriss der bestehenden Turnhalle und Neubau um 45 Grad gekehrt in Richtung Westen (Parallel zur Eigerstrasse) nach BASPO-Norm ▪ Abriss der bestehenden Turnhalle und 2-stöckiger Neubau um 45 Grad gekehrt in Richtung Westen (Parallel zur Eigerstrasse) nach BASPO-Norm ▪ Abriss der bestehenden Turnhalle und 2-stöckiger Neubau nach BASPO-Norm ▪ Renovation der bestehenden Turnhalle	Die Stadt Bern ist eine Sportstadt – «Bern bewegt» ist der stolze Slogan. Jetzt bietet sich die historische Chance diese «Sportkultur» zu stärken und zu vielfältigen. Das Projekt Gesamtsanierung der Volksschule Sulgenbach könnte ein wunderbares Beispiel sein, wie in der Stadt Bern gross, nachhaltig und weitsichtig geplant wird. Dafür müsste man das Projekt aufteilen. Die Renovation des Schulhauses soll gemäss aktuellem Zeitplan weitergeführt und die Sanierung der Turnhalle in einem eigenen Projekt weitergeführt werden. In diesem Projekt wäre der nächste Schritt die Machbarkeitsstudie, welche die aufgeführten Varianten prüft. Dabei könnte man auch die betroffenen Lehrpersonen abholen, denn ein Fazit lautet: «Den formulierten pädagogischen und räumlichen (inkl. Lärm) Anforderungen kann nur entsprochen werden, wenn die Turnhalle durch einen multifunktionalen Ersatzbau (mit Turnhalle, Garderoben, Werkräumen, Schulräumen) und der Pavillon durch einen besser nutzbaren, evtl. 2-stöckigen Neubau ersetzt werden». Dies würde bedeuten, dass man kein gutes Geld in eine marode, untaugliche und viel zu kleine Turnhalle steckt, sondern alles unternommen wird, die Sportinfrastruktur nachhaltig zu verbessern. Auch in Anbetracht, dass in der Stadt Bern signifikant zu wenig Turnhallen zur Verfügung stehen und insbesondere in diesem Schulkreis ein grosser Bedarf an gedecktem und zeitgemäsem Sportraum besteht. Deshalb braucht es mehr Mut – und nicht den Weg des geringsten Widerstandes. Die Gesundheit der Bevölkerung, die Integrationsmöglichkeiten durch Sport und das Möglichmachen für mehr Frauen- und Mädchensport muss höher gewichtet werden als elitäre städtebauliche und denkmalpflegerische Überlegungen - und wenn man die graue Energie dynamisch statt nur statisch betrach-

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
			tet, dann ist dies auch kein Argument mehr gegen einen Neubau. Wir müssen gegen innen verdichten, statt nur davon zu reden. Bern vorwärtsbringen statt verwalten!
2.	PVS	Im Rahmen der Projektierung sind die versiegelten Flächen auf das funktionale und betriebliche Minimum zu beschränken.	Durch den Rückstrahlungseffekt auf die umliegenden Schulgebäude sind voll-versiegelte Flächen (asphaltiert und nicht versickerungsfähig) nicht mehr zeitgemäss. Diese Flächen heizen das Mikroklima an und sollen nur dort umgesetzt werden, wo es funktional (<i>BehiG-Konformität</i>) sinnvoll ist (mit versickerungsfähigem Material).
3.	PVS	Die Volksschule Sulgenbach ist eine Schule und deshalb müssen die Bedürfnisse der Schüler*innen und der Lehrer*innen (soziale Nachhaltigkeit) über den Interessen der Denkmalpflege stehen, d.h. bei einem Interessenkonflikt ist die soziale Nachhaltigkeit (Bedürfnisse der Schüler*innen und Lehrer*innen) höher zu werten als die Bedürfnisse der Denkmalpflege.	In einem Schulhausareal prallen viele Bedürfnisse aufeinander. Aber ein Schulhaus soll in erster Linie für die Schüler*innen und die Lehrer*innen da sein.
4.	GFL	Auf dem Areal soll eine öffentliche und unentgeltliche Toilette zur Verfügung gestellt werden.	Der Stadtrat hat die Motion 2017.SR.000140 als erheblich erklärt. Darin wird gefordert, dass im Umfeld von Pausenplätzen öffentliche und unentgeltliche Toiletten zur Verfügung gestellt werden müssen. Es ist entsprechend nur folgerichtig, auch bei der Volksschule Sulgenbach diese Forderung umzusetzen.
5.	GFL	Im Rahmen des Projekts wird der zuständigen Kommission und dem Stadtrat eine Option inklusive einer Innenisolierung des Hauptschulgebäudes und eine ohne dieselbe vorgelegt, sodass der finanzielle Mehraufwand für eine Isolierung des Gebäudes transparent ausgewiesen wird.	Bei der Besichtigung an einem sommerlichen Vormittag um 10.00 Uhr liefen in allen Klassenzimmern bereits kleine Standventilatoren und die Zimmer waren insbesondere südseitig unangenehm heiss. Auch eine Lehrkraft bestätigte, dass das Raumklima im Haus, womit die Hitzesituation gemeint war, der «Horror» sei. Angesichts der Klimaerwärmung muss damit gerechnet werden, dass sich die Situation weiter verschärfen wird. Entsprechend sollte bereits jetzt vorgesorgt und isoliert werden, zumal die Schule auf einem Hitzehotspot steht und weder die Kinder noch die Lehrkräfte wegen der Hitze angenehm und produktiv arbeiten können.

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
6.	GFL	Im Rahmen des Projekts werden zumindest auf den oberen Stockwerken smarte Fenster geprüft, die sich beispielsweise im Sommer automatisch in den kühlen Nachtstunden öffnen lassen. Die Ergebnisse der Prüfung und die geschätzten Mehrkosten werden der zuständigen Kommission als Information vor der Vorlage des Baukredits vorgelegt.	Betrachten wir die Urban Heat Maps zeigt sich, dass die Temperaturen in der Stadt und insbesondere bei Hitzehotspots erst sehr spät in der Nacht unter 20 Grad sinken und bereits ab ca. 8.30 Uhr wieder darübersteigen. Wird erst um 7.00 oder 8.00 Uhr geöffnet und gelüftet, kommt es nicht zu einer genügenden Auskühlung der Innenräume. Die Besichtigung der Innenräume erfolgte um 10.00 und da war es bereits unangenehm warm, trotz Storen und dem kleinen Standventilator im Klassenzimmer.
7.	GFL	Im Hauptschulgebäude soll während der Projektierungsphase mindestens während einem Jahr die Innentemperatur in den süd- als auch den nordseitigen Klassenzimmern aufgezeichnet und ausgewertet werden. Ebenso in der Turnhalle. Die Ergebnisse werden der zuständigen Kommission als Vorinformation vorgelegt und auch im Stadtratsvortrag ausgewiesen.	Die Stadt Bern verzeichnet immer mehr Hitzetage. Dennoch verfügen wir über kaum Datensätze, um den Zustand und entsprechend den Investitionsbedarf in städtischen Gebäuden einzuschätzen und zu begründen.

Traktandum 18: Leistungsauftragsbericht BERNMOBIL 2024 (2022.TVS.000064)

Nr.	Antragstellende	Planungserklärungen	Begründung
1.	Michael Burkard, GFL / Francesca Chukwunyere, GFL / Mirjam Roder, GFL / Tanja Miljanovic, GFL / Matteo Micieli, PdA / Raffael Joggi, AL	Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt: 1. Der Gemeinderat wird beauftragt, im Verwaltungsrat von Bernmobil darauf hinzuwirken, dass die Inkassomassnahmen des städtischen Transportunternehmens so kalibriert werden, dass keine armutsbetroffenen Personen, welche sich ohne gültigen Fahrschein befördern lassen, mit Freiheitsentzug bestraft werden. 2. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Eigentümerstrategie für Bernmobil so zu überarbeiten, dass das städtische Transportunternehmen seine Inkassomassnahmen so ausgestaltet, dass verhindert wird, dass armutsbetroffene Perso-	Zur Begründung siehe die negative Antwort des Gemeinderats vom 19. März 2025 auf die Interpellation 2024.SR.0318 der Fraktion GFL (Michael Burkard, Francesca Chukwunyere, Tanja Miljanovic): Stopp der Kriminalisierung von Armutsbetroffenen durch Bern Mobil. https://stadtrat.bern.ch/de/geschaefte/detail.php?gid=732d19c52cd04badb2ee1cb042173f2c

Nr.	Antragstellende	Planungserklärungen	Begründung
		nen, welche sich ohne gültigen Fahrschein befördern lassen, mit Freiheitsentzug bestraft werden. 3. Der Gemeinderat wird beauftragt, sich im Städteverband dafür einzusetzen, dass mehr und mehr Schweizer Städte mit eigenen Transportunternehmen das Fahren ohne gültigen Fahrausweis entkriminalisieren.	

Traktandum 24: Motion: Belpmoos Solar – Solaranlagen auf der Fluglandebahn um die Biodiversität zu schützen!; Fristverlängerung (2025.SR.0022)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	GB/JA	Die Fristverlängerung zur Beantwortung der Motion wird auf ein halbes Jahr verkürzt.	Nach Verhandlungen am Runden Tisch wurde im Sommer 2025 bekannt, dass sich die Trägerschaft von Belpmoos Solar, Umweltverbände, der Flughafen Bern sowie der Bund und der Kanton Bern auf einen Deal geeinigt haben: Die Trockenwiese soll im nationalen Inventar aufgenommen und Belpmoos Solar redimensioniert werden. Die in der Motion gestellten Forderungen betreffen politische Grundsatzentscheide, die zu Beginn eines Projekts geführt werden und bereits in die Redimensionierung einfließen müssten, um Planungsleerläufe zu verhindern. Eine Fristverlängerung um ein halbes Jahr trägt den aktuellen Entwicklungen Rechnung und garantiert gleichzeitig, dass der Stadtrat die inhaltliche Diskussion rechtzeitig führen kann.

Traktandum 25: Interfraktionelle Motion: Keine Anpassung der Baurechts- und Pachtverträge für die Freiflächen-Photovoltaikanlage "Belpmoos Solar"; Fristverlängerung (2025.SR.0020)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	GB/JA	Die Fristverlängerung zur Beantwortung der Motion wird auf ein halbes Jahr verkürzt.	Nach Verhandlungen am Runden Tisch wurde im Sommer 2025 bekannt, dass sich die Trägerschaft

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
			von Belpmoos Solar, Umweltverbände, der Flughafen Bern sowie der Bund und der Kanton Bern auf einen Deal geeinigt haben: Die Trockenwiese soll im nationalen Inventar aufgenommen und Belpmoos Solar redimensioniert werden. Die in der Motion gestellten Forderungen betreffen politische Grundsatzentscheide, die zu Beginn eines Projekts geführt werden und bereits in die Redimensionierung einfließen müssten, um Planungsleerläufe zu verhindern. Eine Fristverlängerung um ein halbes Jahr trägt den aktuellen Entwicklungen Rechnung und garantiert gleichzeitig, dass der Stadtrat die inhaltliche Diskussion rechtzeitig führen kann.

Traktandum 26: Motion: Energiewende und Biodiversität gehen Hand in Hand: Ökologisch wertvolle Flächen in Belpmoos stärken; Fristverlängerung (2025.SR.0023)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	GB/JA!	Die Fristverlängerung zur Beantwortung der Motion wird auf ein halbes Jahr verkürzt.	Nach Verhandlungen am Runden Tisch wurde im Sommer 2025 bekannt, dass sich die Trägerschaft von Belpmoos Solar, Umweltverbände, der Flughafen Bern sowie der Bund und der Kanton Bern auf einen Deal geeinigt haben: Die Trockenwiese soll im nationalen Inventar aufgenommen und Belpmoos Solar redimensioniert werden. Die in der Motion gestellten Forderungen betreffen politische Grundsatzentscheide, die zu Beginn eines Projekts geführt werden und bereits in die Redimensionierung einfließen müssten, um Planungsleerläufe zu verhindern. Eine Fristverlängerung um ein halbes Jahr trägt den aktuellen Entwicklungen Rechnung und garantiert gleichzeitig, dass der Stadtrat die inhaltliche Diskussion rechtzeitig führen kann.